

NACHRICHTEN

MOTORRAD-ABGASE

NEUE EU-VORSCHRIFTEN IN VORBEREITUNG

Rat und Parlament der EU haben sich informell auf zeitlich abgestufte Grenzwerte in drei Schritten geeinigt.

Motorisierte Zweiräder machen nur ein kleines Verkehrssegment aus. Bei bestimmten Emissionen sind jedoch Motorräder, Scooter, Mopeds sowie Squads ein Größenfaktor. Tendenz sogar steigend, wenn nichts getan wird. Bei Kohlenmonoxid könnten sie 2020 rund 40 Prozent, bei Kohlenwasserstoff-



Neue Abgasgrenzwerte

fen sogar 62 Prozent aller Emissionen im EU-Verkehrssektor ausmachen. Die neuen EU-Abgasvorschriften für zwei- und dreirädrige Motorräder sehen im Kern die Einführung der Abgasstufen Euro 3 ab 2014, Euro 4 ab 2017 und Euro 5 ab 2020 vor. Die Verbesserung für die Umwelt liegt vor allem darin, dass Hersteller verstärkt Emissionen beim Kalt-/Warmstart einhalten müssen. Ergänzt wird

Arbeit & Leben

EU-Projekt WALQING

Ende September fand in Wien die Abschlusskonferenz zum EU-Projekt WALQING – Work and Life Quality in New and Growing Jobs – unter dem Titel „Hard work? Pursuing quality of work and life in European low-wage sectors“ statt. Nun sind die Ergebnisse online bzw. können diese in Papierversion bestellt werden. www.walqing.eu **HO**

das Legislativpaket noch mit Regelungen zu Prüfverfahren und Haltbarkeitsanforderungen für Hersteller sowie Verbesserungen für die Verkehrssicherheit. **FG**

KORNEUBURG BEI WIEN

PESTIZIDE IM GRUNDWASSER

Eine massive Verschmutzung von Grundwasser durch ein Landwirtschaftsgift harrt der Klärung.

Vor mehr als zwei Jahren war es bei einem Unfall im Werk der Firma Kwizda-Agro in Leobendorf nahe Korneuburg bei Wien zum Austritt des Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffs Thiamethoxam gekommen. Um eine Ausbreitung dieses Insektengifts bis nach Korneuburg zu verhindern, wurden sogenannte Grundwassersperrbrunnen errichtet. Das Wasser aus diesen Sperrbrunnen wird

abgepumpt und in die Donau geleitet – im Einvernehmen mit der Behörde, wie Kwizda betont. Nun hat Global 2000 aber einen weiteren Wirkstoff, das Unkrautgift Clopyralid, im Grundwasser entdeckt. Dies sei, so Global 2000, die größte Grundwasserkontamination, die jemals in Österreich durch Pestizide festgestellt worden ist. Dazu hält die Firma Kwizda

fest, dass beim Unfall vor zwei Jahren kein Clopyralid ausgetreten sei, dass aber auch keine anderen Zwischenfälle bekannt seien. Zu den festgestellten Werten würden nun umfassende Erhebungsmaßnahmen durchgeführt. Global 2000 hat für besorgte BürgerInnen in Korneuburg Wasseruntersuchungen angeboten. Kürzlich hat Kwizda mitgeteilt, dass die



Wird LKW-Maut-Zuschlag Abhilfe bringen?

TIROL: BRENNER-BASIS-TUNNEL ZUSCHLAG ZUR LWK-MAUT

Ab 1. Jänner 2013 werden die Tarife für die fahrleistungsabhängige LKW-Maut mit plus drei Prozent an die Inflation angepasst. Das spült zusätzlich rund 37 Millionen Euro in die Kassen der ASFINAG. Gleichzeitig soll der Zuschlag für die Errichtung des Brenner-Basis-Tunnels im Unterinntal von zehn auf 15 Prozent erhöht werden. Dieser Querfinanzierungszuschlag wird zwischen Kufstein und Amras auf die bestehende Maut eingehoben und erlöst rund fünf Millionen Euro jährlich. Die AK begrüßt generell Querfinanzierungszuschläge bei der LKW-Maut als notwendiges Instrument für die Schaffung von Verlagerungskapazitäten von der Straße auf die Schiene. Beim Unterinntal wird jedoch für ein „Moratorium“ plädiert, da wesentliche Fragen des Gesamtprojektes (v.a. Ausbau von Zubringerstrecken in Italien und Deutschland, kein abgestimmter LKW-Mauttarif zwischen München und Verona) ungeklärt sind. Ohne vernünftige Rahmenbedingungen dürfen vorab keine Tatsachen geschaffen werden. **FG**

Fisch: Am Teller und in aller Munde

Bei uns kommt immer mehr Fisch auf den Tisch. Auch weltweit wurde noch nie so viel Fisch gegessen wie heute. Das ist ökologisch (Überfischung) und sozial (Einkommensverlust) ein Problem. www.suedwind.at



Firma die Kosten für diese Untersuchungen übernimmt. **CS**

OZONSCHICHT

25 JAHRE MONTREALPROTOKOLL

Weil es schlicht in der täglichen Informationsflut untergegangen ist, noch einmal zur Erinnerung:

Am 16. September 2012 jährte sich zum 25. Mal die Unterzeichnung des Montreal-Protokolls, das manche schon das erfolgreichste Umweltabkommen der Geschichte nennen. Der völkerrechtliche Umweltvertrag ist zwischenzeitlich von allen 196 Staaten dieser Welt unterzeichnet worden. Genau 98 Prozent aller die Ozon-Schicht zerstörenden Substanzen wurden dadurch verboten und 20,5 Millionen Krebsfälle sollen dadurch vermieden worden sein. Auch wenn das Ozonloch über der Arktis derzeit noch zunimmt: Aufgrund der

langfristigen Wirkungen dieser Maßnahmen durch dieses Protokoll wird die Ozonschicht in der Stratosphäre ab dem Jahr 2060 wieder das Niveau der 1980er Jahre haben. **FG**

FRANKREICH

WEITREICHENDE UMWELTMASSNAHMEN GEPLANT

Präsident Hollande will Frankreich zum Umweltmusterland machen.

Ein Schwerpunkt liegt im Energiebereich. So wird 2016 das älteste französische AKW Fessenheim vom Netz genommen und bis 2025 soll der Anteil von Atomstrom von derzeit 75 auf 50 Prozent reduziert werden. Dafür soll in erneuerbare Energien und die thermische Sanierung investiert werden. Die Schiefergas- und Schieferölförderung soll nicht zugelassen werden. Hollande, der aufgrund der französischen

KOMMENTAR VON RUUD KLEIN



KOMMENTAR VON IRIS STRUTZMANN SAATGUT UND BIODIVERSITÄT

Auf europäischer Ebene findet eine umfassende Überarbeitung des EU-Saatgutverkehrsrechts statt. Die Interessen von KonsumentInnen dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden – der Erhalt der Sortenvielfalt ist ein Gebot der Stunde.

Paradeiser-, Kartoffel- oder Paprikararitäten sind seit einiger Zeit nicht mehr nur auf lokalen Märkten, sondern auch in Österreichs Supermärkten zu erwerben. Die Vielfalt am Teller für KonsumentInnen wird ermöglicht, ohne sich gleich selbst als Gärtner oder Gärtnerin ins Zeug legen zu müssen. Ein Mehrwert für KonsumentInnen, sicher auch für die Supermärkte, die hier neue Nischen besetzen. Diese Vielfalt ist möglich, weil dieses Saatgut und das Wissen um den Anbau Dank der Arbeit eines Vereins zum Erhalt der Vielfalt der Kulturpflanzen vorhanden sind. Außerdem lässt es derzeit auch die österreichische Gesetzeslage zu, dass in kleinen Mengen Saatgut von Lokalsorten gehandelt und getauscht werden darf. Dies ist nicht selbstverständlich in Europa. Erst im Sommer dieses Jahres wurde der französische Verein Kokopelli vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu Schadenszahlungen verurteilt, weil er alte Saatgutsorten

angeboten hat. Der EuGH begründete leider das Handelsverbot alter Saatgutsorten mit dem als höher bewerteten Ziel „der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität“. Die Regeln für die Weitergabe von lokalem Saatgut könnten aber auch in Österreich künftig viel aufwendiger, bürokratischer oder gar verunmöglicht werden. Die EU überarbeitet derzeit das Saatgutverkehrsrecht. Insgesamt sollen zwölf Verordnungen zum Saatgut- und Pflanzrecht zu einer Richtlinie zusammengefasst werden. Die EU setzt bei der Zulassung aber weiterhin auf „Hochleistungssorten“, die mit Einsatz von Pestiziden und Nitrat gute Erträge bringen. Alte Sorten, die sich stark regional angepasst haben, sind in solch einem Regime kaum marktfähig. Dadurch ist die Vielfalt am Acker und am Teller gefährdet. Gerade in Zeiten des Klimawandels brauchen wir aber umso mehr Pflanzen, die an extreme Wetterbedingungen angepasst sind.



* DI Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin und Mitarbeiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik in der AK Wien.



AUF EINEN BLICK EU, EUROPA UND DIE GANZE WELT

EU exportiert immer mehr Abfall in Drittstaaten: Der Export von Abfällen aus der EU nimmt beständig zu, zeigt ein Bericht der EU-Umweltagentur EEA. So verachtete sich etwa der Export von Eisenschrott aus der EU von 1999 bis 2011. Während die Menge an gefährlichen Abfällen in der EU zwischen 2000 und 2009 um 28 Prozent stieg, wuchs der Export um 131 Prozent – die Abfallbehandlung wird also ins Ausland verlagert. Ein besonders heikles Thema spricht der Bericht direkt an: große Mengen an gefährlichen Abfällen und Elektro- und Elektronikschrott werden illegal in Entwicklungsländer in Afrika und Asien verschifft, zumeist falsch als „gebrauchte Güter“ deklariert. In der Folge werden die Abfälle dort ohne jegliche Schutzvorrichtungen für Menschen und Umwelt verwertet.

EU-Kommission will Autosektor subventionieren: Die EU-Kommission will dem kränkelnden Autosektor unter die Arme greifen, unter anderem mit Subventionen und Forschungsprogrammen. Sie strebt an, dass bis

2020 der Anteil der Autoindustrie am BIP 20 Prozent betragen soll, derzeit sind es 16 Prozent. Umwelt-NGOs kritisieren, dass die geplante Unterstützung zu wenig an Emissionsreduktionen gekoppelt sei und dass insbesondere im LKW-Bereich keine Fortschritte bei der Effizienz der Fahrzeuge angestrebt würden.

Preisstützung für ETS-Zertifikate: Während die EU-Kommission im Jahr 2008 von einem Preis der CO₂-Zertifikate im Emissionshandel von etwa 30 Euro ausging, liegt er derzeit bei etwa acht Euro, da in Folge der Wirtschaftskrise ein Überschuss an Zertifikaten am Markt ist. Dieser Preis stellt kein ausreichendes Signal für Investitionen in CO₂-sparende Technologien dar. Daher hat die Kommission vorgeschlagen, 900 Millionen Zertifikate nicht wie vorgesehen bis 2015, sondern erst ab 2019 zu versteigern. Das ist knapp die Hälfte der pro Jahr EU-weit erforderlichen Zertifikate des Emissions Trading System (ETS). Durch diese Verknappung soll der Preis zu Beginn der dritten Handelsperiode ab 2013 steigen. **CS**

Überseegebiete auch ein Land mit großem Küstengebiet vertritt, will sich außerdem für den Schutz der Meere einsetzen. Im Landwirtschaftsbereich will er neue umweltfreundliche Agrarmethoden vorantreiben, die den Einsatz von Pestiziden und die Verschwendung von Wasser begrenzen. Damit die Pläne auch alle umgesetzt werden, hat Hollande außerdem angekündigt, dass es jedes Jahr eine Konferenz in Paris geben wird, wo über die Fortschritte Frankreichs im Umweltbereich berichtet wird. **SH**

ECO-DRIVING EU-VORGABEN IN KRAFT

Unnötig hohe Drehzahlen und geringer Reifenluftdruck kosten Treibstoff und schaden der Umwelt (Abgase, Lärm).

Deshalb müssen seit 1. November 2012 alle neu in der EU typisierten PKW (Klasse M1 bis 2160 kg) verpflichtend mit einer Gangwechsellanze und einem Reifendruckkontrollsystem ausgestattet



sein. Hinzugekommen ist eine Auszeichnungspflicht für Reifen bei Rollwiderstand, Nassbremsen und Abrollgeräusch sowie bei neu in der EU typi-

sierten Reifen-Modellen sogar Grenzwerte dafür. Die „elektronischen Helfer“ erinnern auf einem kleinen Display mit Piktogrammen (z.B. Leuchtpfeil), wann der nächsthöhere Gang eingelegt oder der Luftdruck in den Reifen kontrolliert werden soll. Laut Schätzungen der EU-Kommission soll das Einsparpotenzial durch die Gangwechsellanze bei sechs und mit Reifendruck-Kontrollsystem bei vier Prozent liegen. Obwohl beide Features in größeren PKW-Modellen häufig zur Serienausstattung gehören, muss nun auch das Klein- und Mittelklasse-Segment nachziehen. **FG**

AGROSPRIT ABSCHIED VON E10

Landwirtschaftsminister Berlakovich hatte lange an einer Einführung von E10 festgehalten, nun hat er den Plan aufgegeben.

E10 ist Benzin, dem zehn Prozent Ethanol beigemischt sind, das aus Getreide hergestellt wird. Kritisiert wird es unter anderem, da die zusätzliche Nachfrage nach Weizen und Mais die Getreidepreise in die Höhe treibt und weil Wälder gerodet werden, um die nötigen Anbauflächen zu schaffen. Die EU-Kommission reagierte endlich auf diese Kritik mit einem Vorschlag für eine Änderung der EU-Biokraftstoffpolitik: Die auf Getreide beruhenden Biokraftstoffe sollten auf fünf Prozent beschränkt bleiben, darüber hinaus gehende Mengen an Biodiesel oder -ethanol sollen Biokraftstoffe der

NÖ: Lebensmittel im Müll

Allein in Niederösterreich landen 30 kg Lebensmittel pro Person und Jahr im Müll. Mit einer fachgerechten Lagerung und bewusstem Kaufverhalten könnte man diese Menge deutlich reduzieren und bis zu 300 Euro pro Person im Jahr einsparen. www.enu.at

zweiten Generation sein. Diese könnten aus Abfall gewonnen werden, würden nicht mehr Landnutzung erfordern und hätten auch keinen Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise. In der Folge des EU-Vorschlags gab Minister Berlakovich den Plan der E10-Einführung in Österreich vorerst auf. Dieser Schritt wurde fast einstimmig begrüßt, auch von der AK, die seit langem aus einer Vielzahl von Gründen gegen die E10-Einführung in Österreich argumentiert hatte. **cs**

ABFALL

AWG-NOVELLE VERPACKUNGEN

Das Umweltministerium hat Ende Oktober den aktuellen Arbeitsentwurf zur AWG-Novelle Verpackung vorgelegt.

Aus AK-Sicht birgt der Entwurf viel Erfreuliches. Unverändert bleibt die verstärkte Mitsprache der Länder bei der Ausgestaltung der Sammlung sowie die geplante Mitbenutzung der Haushaltssammlung auf der Ebene der Regionalpartner, das sind die Sammelunternehmen vor Ort. Nur für besonders kleine Sammelsysteme oder befristet auf maximal drei Jahre soll eine Mitbenutzung auf Systemebene zulässig sein. Das setzt die Vorgaben der Entscheidung der EU-Kommission zum ARA-System aus 2003 um. Neu ist auch die Idee, dass in Zukunft jedes Sammelsystem entsprechend seinem Marktanteil Regionen für die Organisation und Ausschreibung der Sammelleistungen zugelost bekommen soll. ARA

und Wirtschaftskammer stemmen sich noch immer gegen all diese Festlegungen. Demnächst startet das Begutachtungsverfahren. **HO**

LANDWIRTSCHAFT

EU-AGRARBUDGET UMSTRITTEN

Der EU-Rat über den EU-Finanzrahmen 2014 bis 2020 offenbart die Interessenslagen in Österreich um das EU-Agrarbudget.

Das künftige EU-Agrarbudget macht rund 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts aus. Rund die Hälfte der 1,1 Milliarden Euro für die ländliche Entwicklung in Österreich fließen ins Agrarumweltprogramm. Die Interessenslagen: Der Umweltdachverband will

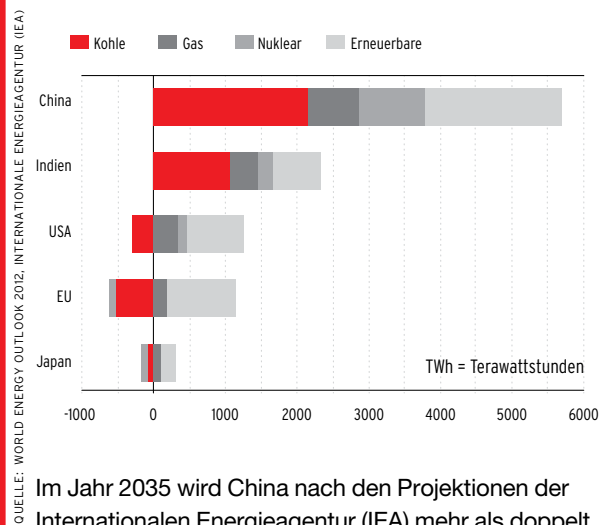


Agrarbudget – goldener Mist

keine Kürzung der EU-Mittel für den ländlichen Raum, betont deren Bedeutung für den Umweltschutz, gibt aber Schwächen in der Umsetzung zu. BirdLife will eine strenge Bindung der Mittel an Öko-Kriterien und kritisiert, dass fast ein Drittel der für Naturschutzmaßnahmen gewidmeten Gelder von den Bundesländern für Wegebau zweckentfremdet wird. Die AK fordert, dass die

WIRTSCHAFT & UMWELT INFO-GRAFIK
ELEKTRIZITÄT SERZEUGUNG

Veränderung von 2010 bis 2035



Im Jahr 2035 wird China nach den Projektionen der Internationalen Energieagentur (IEA) mehr als doppelt so viel Elektrizität erzeugen wie im Jahr 2010. In der Grafik sind die Zuwächse und Abnahmen der Jahresstromproduktion im Vergleich zu 2010 in ausgewählten Staaten und in der EU dargestellt. Die bei weitem größte Rolle spielen die erneuerbaren Energieträger, deren Zuwachs doppelt so hoch ausfällt wie die Zunahme der Elektrizitätserzeugung aus Kohle. Erdgas spielt eine immer wichtigere Rolle, kommt aber noch lange nicht an Kohle heran. Deutlich erkennbar ist auch, wie der Ausstieg einiger EU-Staaten aus der Kernkraft von der Zunahme in China um ein Vielfaches aufgewogen wird. Die dargestellte Prognose stammt aus dem kürzlich vorgestellten „World Energy Outlook 2012“. Sie berücksichtigt die derzeit beschlossenen und angekündigten Zielsetzungen der Staaten. **cs**

EISENBAHLÄRM

SCHIENENBONUS ADE

ExpertInnen sprechen sich für eine Abschaffung des Schienenbonus in Deutschland aus, der entlang von Schienenwegen um 5dB höhere Schallpegel erlaubt. Dieser beruhte darauf, dass betroffene Anrainer den Lärm der Eisenbahn weniger lästig fanden als den der Straße. Dies wird nun immer mehr in Frage gestellt. Denn bei Hochgeschwindigkeitszügen und dichteren Intervallen sind die nötigen längeren Ruhepausen nicht mehr gegeben. Daher will ihn die Deutsche Bundesregierung abschaffen. Kritiker bemängeln, dass sein Außerkrafttreten an das erst 2016 zu erlassende Schienenwegeausbaugesetz gebunden wird. Früher geht das nur, wenn die Mehrkosten freiwillig von Deutscher Bahn oder öffentlicher Hand getragen werden. **HO**

Wien: Öffi-Fahren spart 825 Euro im Jahr

Wer in Wien auf das Auto verzichtet, Bim, Bus und U-Bahn nutzt, ist gut dran. Beispiel: Fünfmal die Woche per Auto von Heiligenstadt nach Simmering verursacht bis zu 1.190 Euro Spritkosten. Minus Öffi-Jahreskarte von 365 Euro verbleiben bis zu 825 Euro pro Jahr im Börsl.



EU-Atomkraftwerke

STRESSTESTS ZEIGEN MÄNGEL

Laut EU-Kommission gibt es bei fast allen 145 EU-AKW's Mängel. Am schlechtesten schnitten die französischen AKW ab. Die Reparaturkosten der 134 noch laufenden AKW's werden rund 10 bis 25 Milliarden Euro betragen. EU-Kommissar Oettinger verlangt nun eine Pflichtversicherung gegen Unfälle, um mehr Kostenwahrheit zu bewirken. **HO**

Mittel für den ländlichen Raum allen dort lebenden Menschen zugutekommen müssen, dass ein Viertel der Mittel in soziale Maßnahmen – für Arbeitsplätze, Kinderbetreuung und Pflege – fließen soll. **HO**

FLUGLÄRM

EU-KOMMISSION BLITZT AB

Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf EU-Flughäfen.

Im November hat der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments

über seinen Bericht zum Entwurf der EU-Kommission für eine Verordnung über Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf EU-Flughäfen, der Teil des EU-Flughafenpakets ist, abgestimmt. Die Kommission beanspruchte für sich das Recht, mit BürgerInnen verhandelte Betriebsbeschränkungen aufzuheben. „Das ist nun vom Tisch“, freut sich Jörg Leichtfried, SPÖ-EU-Delegationsleiter und Berichterstatter zu diesem Entwurf: „Mir war wichtig, die Rolle der BürgerInnen sowie den Gesundheitsaspekt zu stärken. So sind nun etwa Mediationsverfahren zwischen Flughäfen und deren AnrainerInnen als Lösungsmethode festgesetzt.“ Die angenommenen Kompromissanträge lassen hoffen, dass die Linie auch bei der Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments im Dezember hält. **HO**

FLUGREISEN I

HIN- UND RÜCKFLUGKLAUSEL

Aufpreise sind nicht gerechtfertigt und nachteilig. Berufungsgerichte geben KonsumentInnen Recht.

Wird ein Hinflug nicht angetreten, so kann nach den Klauseln der Lufthansa der Rückflug von der Bezahlung eines Aufpreises abhängig gemacht werden. Ebenso umgekehrt: Tritt ein Kunde den Rückflug nicht an, kann im Nachhinein ein Aufpreis für einen One-way-Flug zum Zeitpunkt der Buchung des Hinflugs in Rechnung gestellt werden. Der VKI ging gegen diese sogenannte

„Hin- und Rückflugklausel“ und gegen die verlangte Gebühr von 35 Euro bei Rückforderung von Steuern und Gebühren bei Nichtgebrauch des Tickets vor. Das Oberlandesgericht (OLG) Wien hat nun ein Urteil des Handelsgerichts Wien bestätigt und diese Klausel als überraschend und nachteilig angesehen – die

Airline kann sich nicht darauf berufen. Auch die Gebühr von 35 Euro für Tickets bis 250 Euro für die Rückforderung von im Vorhinein eingehobenen Steuern und Gebühren ist laut OLG nicht gerechtfertigt, weil sie die echten Kosten wesentlich übersteige. Jetzt muss der Oberste Gerichtshof (OGH) entscheiden. **DU**



KERZENLICHT: VIELE GUTE TIPPS

GLASBECHER UND BIENENWACHS

Warmes Kerzenlicht hellt den Winter auf. Oft werden ökologisch bedenkliche Teelichter in Aluhülle oder Duftkerzen verwendet. Doch Achtung! Die Alu-Herstellung aus Bauxit erfolgt mit großem Energie- und Chemieaufwand. Verheerende Unfälle wie vor zwei Jahren in Ungarn sind möglich – stark ätzender Rot-schlamm verwüstete eine ganze Region. Aluhüllen, ein wertvoller Rohstoff für das Alurecycling, jedenfalls trennen und zur Metallsammlung bringen. Noch besser: Greifen Sie zu wieder verwendbaren Teelichtbechern aus Glas und zu Bienenwachs-Kerzen, die jede künstliche Raumbeduftung überflüssig machen. Kerzen mit synthetischem Duft sind v.a. für AllergikerInnen problematisch, da die Verbrennungsstoffe die Raumluft belasten. Mehr Infos zur Wirkung von Duftstoffen finden sich im Folder „Düfte, die unter die Haut gehen“: www.umweltberatung.at **LEI**

Mobilität: Wem gehört die Straße?

In Österreich gibt es schon sieben Millionen Räder. Allein in Wien nutzen 260.000 Menschen ihr Rad täglich oder öfter die Woche. Auch die Unfallzahlen sind gestiegen: 2010 sind zehn, 2011 schon 42 RadlerInnen im Straßenverkehr gestorben. www.vcoe.at



Wiener Donauinsel: LED it be ...

Die Umrüstung der bestehenden Kugelleuchten auf der Donauinsel auf moderne, energiesparende LED Leuchten durch die MA 33 - Wien Leuchtet ist abgeschlossen. www.wien.gv.at/verkehr/licht

FLUGREISEN II

ENTSCHÄDIGUNG BEI FLUGVERSÄTUNGEN

Der EuGH hat in einem Urteil die Rechte von Reisenden bei Flugverspätungen erneut gestärkt.

Die Kläger hatten bei der spanischen Gesellschaft Iberia einen Flug vom spanischen Coruna in die Dominikanische Republik gebucht. Ein Zubringerflug sollte sie nach Madrid bringen, von wo dann der eigentliche Transatlantikflug starten sollte. Da sich der erste Flug um 85 Minuten verspätete, annullierte Iberia die Bordkarten des Anschluss-



Mehr Fluggastrechte

fluges von Madrid, obwohl sich beide Reisende noch zum Zeitpunkt des letzten Aufrufs am Flugsteig eingefunden hatten. Wird einem Reisenden die Bordkarte für einen Anschlussflug annulliert, weil ein vorangegangener Flug derselben Fluggesellschaft verspätet war, hat der Betroffene wegen Nichtbeförderung Anspruch auf eine Ausgleichszahlung von bis zu 600 Euro, wie der EuGH in einem vor kurzem veröffentlichten Urteil ent-

schied. Damit gilt der Begriff der „Nichtbeförderung“ künftig über Fälle von Überbuchung hinaus auch für andere „betriebliche Gründe“. **DU**

ENERGIEPROGNOSE

WORLD ENERGY OUTLOOK 2012

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat ihren jährlichen Bericht über Situation und Prognose zum weltweiten Energieverbrauch vorgelegt.

Laut IEA ist das erwartete Wirtschaftswachstum in Mittel- und Ostasien – vor allem das steigende Verkehrsaufkommen in China – der wichtigste Treiber für die prognostizierten Steigerungen des weltweiten Energieverbrauchs. Besonders betont werden drei Themen: die steigende Notwendigkeit, durch Energieeffizienzmaßnahmen den Energieverbrauch einzudämmen, unter anderem, da auf diese Weise etwas mehr Zeit bleibt, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um den weltweiten Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius zu halten; weiters die wieder erstarkte – vor allem unkonventionelle – Öl- und Gasförderung in den USA, die eine Verlagerung der Nachfrage nach arabischem Öl von den USA nach China zur Folge hat – samt den damit einhergehenden geopolitischen Verschiebungen; und die zentrale Rolle, die der Irak in der zukünftigen weltweiten Ölversorgung spielen wird, da etwa die Hälfte der neuen Ölförderkapazitäten im Irak liegen wird. www.worldenergyoutlook.org **CS**

Pflicht: Energieausweis (EA)

Ab 1.12.12 muss bei Verkauf und Bestandsabgabe von Gebäuden oder Wohnungen ein für zehn Jahre gültiger EA vorliegen, in Immobilienanzeigen müssen Heizwärmebedarf und Gesamtenergieeffizienz-Faktor angegeben werden. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2012_I_27/BGBLA_2012_I_27.pdf

INTERVIEW MIT TILL VAN TREECK

ARBEITSZEIT, WIRTSCHAFTSKRISE UND UMWELT

Warum Wirtschaftskrise und Umweltprobleme eine gemeinsame Lösung brauchen, und was das alles mit steigender Ungleichheit zu tun hat, erklärt Till van Treeck.

Was haben Arbeitszeiten mit Umweltproblemen zu tun?

Van Treeck: Grundsätzlich können Produktivitätsgewinne in Form einer Produktionsausweitung oder einer Arbeitszeitverkürzung genutzt werden. In ungleichen Gesellschaften versuchen tendenziell viele Menschen durch lange Arbeitszeiten reich zu werden bzw. dem sozialen Abstieg zu entgehen. Das Problem ist jedoch, dass es sich hierbei weitgehend um ein Nullsummenspiel handelt, das an das Wettrüsten militärischer Kontrahenten erinnert: Wenn alle in ähnlichem Maße mehr arbeiten und mehr Geld für Statusgüter ausgeben wie Häuser, Autos, oder Ausbildung der Kinder, steigen zwar die Produktion und die Umweltverschmutzung, doch die relativen Einkommenspositionen bleiben im Wesentlichen erhalten. Gleichzeitig erhöhen sich aber die gesundheitlichen Belastungen durch vermehrten Stress und Konkurrenz sowie die Umweltbe-

lastung – und es bleibt weniger Zeit für Schlaf, Familie, Freunde oder Hobbys.

Verhindert die hohe Einkommensungleichheit Arbeitszeitverkürzungen?

Van Treeck: Ja. Ein Grund ist, dass umfassende Arbeitszeitverkürzungen bei sehr ungleicher Einkommensverteilung politisch kaum durchsetzbar sind. Dieser Teufelskreis aus hoher Ungleichheit und überzogenen Arbeitszeiten müsste aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen dringend durchbrochen werden.

Ist die steigende Einkommensungleichheit eine Ursache der Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Jahr 2007?

Van Treeck: Ja. Das ist besonders offensichtlich in den USA, wo der private Konsum in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend kreditfinanziert war, was letztlich in die Schuldenkrise geführt hat.



* Dr. Till van Treeck leitet das Referat für allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung. Zurzeit ist er Vertretungsprofessor für Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen.